

**Landrat Cay Süberkrüb**  
**Einbringung des Kreishaushaltes 2013**  
**Montag, 10.12.2012**

„Wenn ich mir diese Bruchbuden ankucke, die wir hier im Kreis zu verantworten haben, ich fang mal mit den Sozialräumen an, ich will gar nicht von Fassaden reden, ich rede mal von Toiletten und so weiter, was sind das denn für Bedingungen. Da sollen wir auch noch stolz drauf sein? Das sollen wir managen? Diesen Dreck?“

Das waren, Herr Boxhammer, am 18.06. dieses Jahres Ihre Worte und sie betrafen unsere Berufskollegs.

Sehr geehrte Kreistagsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Achte dich selbst, wenn du willst, dass andere dich achten sollen“, heißt es im Sprichwort.

Tatsächlich, in der Emscher-Lippe Region steht es nicht zum Besten.

Vergleiche mit 42 anderen hoch verdichteten Räumen zeigen:

- die höchste Arbeitslosenquote
- die höchste SGB II Quote
- die niedrigste Beschäftigungsquote
- die wenigsten Arbeitsplätze je 100 Einwohner
- den höchsten Rückgang an Arbeitsplätzen seit 2001.

2015 und 2018 fallen im Bergbau mit Auguste Victoria und Prosper Haniel noch einmal etwa 10.000 Arbeitsplätze weg.

Gleichwohl zeigte eine Umfrage unter Studenten der Fachhochschule Gelsenkirchen ein interessantes Ergebnis: Über 75 % der Befragten gaben an, man könne hier gut leben.

Sie würden sich wohl fühlen und sich mit der Region identifizieren.

Das Ergebnis ist erstaunlich, sind Studenten doch heute mobiler und internationaler als je zuvor. Diese Identifikation mit unserer Region erwarten viele eher nicht.

Viele Menschen im Vest oder ihre Eltern oder Familien kommen aus Spanien, Italien, Griechenland, der Türkei, Rumänien, Kasachstan, Russland, der Ukraine, Polen, um hier zu leben, zu arbeiten und ihr Glück zu suchen. Wenn ich ihnen Einbürgerungsurkunden aushändigen darf, ist zu spüren, wie stolz sie darüber sind. Sie verändern unser gemeinsames Land mit der Kultur, die sie mitbringen und sie werden ein neuer Teil Deutschlands.

Gelegentlich frage ich mich, warum diese Denk- und Handlungsweisen bei Einigen so schwach ausgeprägt sind: Sich identifizieren, Ideen, Konzepte und Zukunftsperspektiven entwickeln, für diese einstehen und sie nach Kräften vertreten.

Hier graben, ohne zu jammern! Wo denn sonst?

Der eine oder andere hat es sich wohl eher zur Aufgabe gemacht, vieles schlecht zu reden:

Das Haar in der Suppe scheint wichtiger, als die Suppe selbst.

Das scheint einfacher zu sein, als konkret zu arbeiten und sich von Rückschlägen nicht einschüchtern zu lassen. Verstehen kann ich diese Strategie nicht. Ich habe in den vergangenen Jahren stets die Stärken und Chancen unserer Region benannt und werde dies auch weiterhin tun. Ich glaube an diese Region und an die Menschen unseres Kreises, an ihre Chancen, ihre Talente, ihre Potentiale.

Und ich bin stolz auf unsere Berufskollegs. Sie leisten hervorragende Arbeit.

Kürzlich erzählte Professor Dr. Tötsch, Standortleiter des Chemieparks Marl, von seinen internationalen Erfahrungen mit globaler Produktion. Er habe sich oft in China die gut ausgebildeten Industriemeister und Techniker aus dem Chemiepark gewünscht.

Das ist auch ein Verdienst unserer Berufskollegs! Darauf können wir stolz sein.

Ich gebe aber gerne zu, dass ich mir noch viel mehr Investitionen in die Bildung wünsche.

Im Haushalt 2013 sind Investitionen für die Berufskollegs in Höhe von fast 8 Millionen Euro geplant, darüber hinaus weitere 12 Millionen Euro für laufende Sanierungsmaßnahmen an den Berufskollegs.

Bundespräsident Roman Herzog formulierte 1997: „Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen“. Der Teufelskreis aus Resignation, Blockade und Verlust an wirtschaftlicher Dynamik müsse durchbrochen werden. Heute können wir sagen, dass dieser Ruck durch Deutschland gegangen ist. Geradezu störrisch trotzen wir der Eurokrise. Die meisten Menschen in unserer Region arbeiten täglich für den Erfolg, den persönlichen und den der Wirtschaft und der Gesellschaft unseres Landes. Sie lassen sich nicht irritieren.

Bei uns in den Städten und dem Kreis überdeckt die finanzielle Lage viele Zukunftsthemen.

Prof. Kriegesmann beschreibt den Unterschied zwischen Bocholt und dem Kreis Recklinghausen: er könne sich dort mit einer Idee und dem Megaphon auf den Marktplatz stellen und nach kurzer Zeit stehen Unternehmer zum Mitmachen bei ihm.

Auf dem Recklinghäuser Marktplatz sei es gelegentlich so, dass man sich vorkomme, wie der Rufer in der Wüste

Trotz oder gerade aufgrund der bekannten strukturellen Probleme der Emscher-Lippe Region müssen wir mehr gemeinsamen Kampfgeist entwickeln. Weiter mit Ideen überzeugen. Auch Erfolge und Standortvorteile, die es gibt, zur Kenntnis nehmen. Die hohe Identifikation der Menschen mit unserer Region nutzen.

Wenn **wir** nicht an uns glauben, wie sollen es dann Investoren oder Regierungen in Düsseldorf, Berlin oder Brüssel tun?

Wir haben Chancen, Talente, Potentiale!

Die Rahmenbedingungen der Kommunalhaushalte zu erläutern, ist seit Jahren nicht vergnügungssteuerpflichtig.

Sinkende Einnahmen, steigende Sozialausgaben – das ist Ihnen allen bekannt. Im Kern hat sich die Situation und Grundproblematik der Kommunalfinanzen nicht geändert:

Im hoch komplexen Finanzsystem unserer Republik ist ein Verschieben von finanziellen Verantwortlichkeiten leicht. Bund und Länder haben wiederholt finanzielle Verantwortlichkeiten auf die kommunale Ebene abgewälzt oder die finanziellen Wirkungen von Reformen falsch eingeschätzt. Die Kommunen sind in der Vergangenheit von Bund und Land wiederholt als Verschiebebahnhof für finanzielle Lasten missbraucht worden.

Dadurch hat die kommunale Familie einen erheblichen Teil ihrer finanziellen Gestaltungsfreiheit eingebüßt. Das wissen wir.

Pauschale Schuldzuweisungen – wie wir sie oftmals hören - gehen jedoch am Kern vorbei. Verantwortlich für die hohe Verschuldung der Städte sind nicht einzelne Personen oder die Kommunen selbst, sind nicht Lambert Lütkenhorst, Uli Paetzel, Bodo Klimpel oder Uli Roland. Grundlegend falsch ist der finanzpolitische Ordnungsrahmen des Gesamtstaates, der eine Lastabwälzung nach unten geradezu provoziert.

Ich gratuliere unserer Bundeskanzlerin zu der Ankündigung, im Jahre 2014 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können.

Das Problem ist nur, dass dies erneut auf dem Rücken der Kommunen geschieht.

- Kürzungen bei den Arbeitsmarktprogrammen
- Kürzungen bei der Städtebauförderung
- oder die extrem steigenden Kosten der Eingliederungshilfe

sind nur einige Beispiele.

Der Jubel über die Haushaltsverbesserungen des Bundes bleibt uns im Halse stecken. Die strukturellen Gesamtprobleme bleiben.

Auch wenn wir unsere Hausaufgaben machen, ist eines weiterhin klar:

Wir können uns drehen wie wir wollen, ohne zusätzliche Hilfe, ohne andere Lastverteilung lässt sich die kommunale strukturelle Finanzmisere nicht beheben. Und ein „weiter so“ kann und darf es nicht geben. Auch der Bund muss seiner Verantwortung gegenüber den Kommunen gerecht werden.

Am 18. Juni hat der Kreistag auf Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP, den Kreishaushalt 2012 beschlossen. Beschlossen wurde auch, einen Regionalen Masterplan sowie das Fluktuationkonzept für die Jahre 2012 bis 2022 erarbeiten zu lassen.

Beides liegt Ihnen heute zusammen mit dem Gesamthaushalt 2013, sowie der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes vor. Abgeschlossen ist die Arbeit damit noch lange nicht. Vielmehr müssen große Teile der Konzepte in der Laufzeit 2012 bis 2022 Schritt für Schritt erarbeitet und umgesetzt werden.

Welche Auswirkungen haben die Beschlüsse:

Wie die städtischen Haushalte, war der Kreishaushalt nach Jahrzehnten der Haushaltskonsolidierung weitestgehend ausgereizt, Spielräume ohnehin kaum noch vorhanden.

Über Jahre hinweg ist gespart worden, wo es eben möglich war – immer verbunden mit dem Wunsch, dass der Bürger möglichst wenig davon spürt. All diese Möglichkeiten sind längst ausgeschöpft. Und so bleibt uns nichts anderes übrig, als weitere schmerzhaft Einschnitte vorzunehmen.

Die freiwilligen Aufgaben betragen lediglich 0,5 Prozent des Haushalts. Die Umsetzung des regionalen Masterplans, sowie des Fluktuationkonzeptes wird zu erheblichen Standardabsenkungen bei den Pflichtaufgaben führen.

Bei unseren Handlungszielen werden wir uns auf Bildung und Finanzen konzentrieren, Wirtschaft fördern bleibt ebenfalls Top-Thema. Viele weitere Themen bleiben wichtig, müssen aber zunächst zurücktreten.

Standardabsenkungen, das hört sich nicht weiter dramatisch an, fast schon nett und erträglich. Machen wir es mal konkret.

Bereits heute ist die Kreisverwaltung an vielen Stellen unterbesetzt und viele Aufgaben sind von den Kolleginnen und Kollegen praktisch nicht mehr zu leisten. Die Zahl von Überlastungsanzeigen nimmt zu. Hinzu kommt nun der Wegfall von weiteren 100 Stellen.

Dies wird zwangsläufig zu längeren Wartezeiten und Bearbeitungsfristen vielleicht beim Straßenverkehrsamt, beim Bafög-Amt oder an anderer Stelle führen. Verschlechterungen in der Grünpflege und bei der Straßenunterhaltung sind konkrete Folgen, die man sehen und spüren wird.

Noch vorhandene und sinnvolle Unterstützungsleistungen, beispielsweise für den Kreissportbund, werden auf dem Prüfstand gestellt, Verwaltungsgebühren werden steigen.

Sie werden sich im Rahmen der Haushaltsberatungen und im Laufe des Konsolidierungszeitraumes 2012 bis 2022 mit zahlreichen Einzelaspekten auseinander setzen.

Vor diesem Hintergrund gehen politische Anfragen, „warum die Wartezeit beim Straßenverkehrsamt so lang ist“, ziemlich an der Realität vorbei. Wir müssen uns daran gewöhnen und um Verständnis werben. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass, hat noch nie funktioniert.

Die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen wir gemeinsam im Blick haben und uns um sachgerechte und für die Kolleginnen und Kollegen tragbare Lösungen kümmern. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die intensiv an der Konzepterarbeitung mitgewirkt haben. Ich weiß, dass dies ein zeitintensiver und schwieriger Prozess war.

Ganz besonders bedanke ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei, die in diesem Jahr gleich zwei Haushalte aufstellen mussten und dies in der gewohnten Gründlichkeit und Verlässlichkeit taten.

Lediglich ein Bereich ist bei der Erstellung des Haushalts weitestgehend von den Konsolidierungsmaßnahmen ausgenommen worden: **Der Bildungsbereich.**

Herr Bundespräsident Gauck sagte kürzlich: „Schwarze Zahlen sind kein Grund rote Linien zu überschreiten“. Mit Blick auf dem Bildungsbereich teile ich diese Auffassung ausdrücklich.

Die in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Initiativen und Projekte erzielten Erfolge müssen konsequent weiter geführt werden. Investitionen in Bildung sind das beste Konjunkturprogramm und ein wesentlicher Aspekt der sozialen Gerechtigkeit.

Was tun wir konkret?

19.000 Schülerinnen und Schüler können sich nicht irren.

Das sind mehr, als alle Prognosen uns vorausgesagt haben. Das ist ein Pfund, mit dem wir wuchern sollten.

Wir passen konsequent die Ausbildungsgänge an und entwickeln sie weiter. Inzwischen gibt es ein vielfältiges und überregional anerkanntes Ausbildungsportfolio beispielsweise im Gesundheitswesen.

Wir übernehmen mit den Städten die kommunale Koordinierung des Übergangs Schule – Beruf. Zukünftig wird es eine flächendeckende Potenzialanalyse in allen 8. Klassen geben. Alle Schülerinnen und Schüler sollen frühzeitig beraten, Stärken und Schwächen sollen erkannt und durch notwendige Fördermaßnahmen ausgeglichen werden. Beste Bildung für Alle. Ein weiterer wichtiger Schritt ist gemacht.

Das Projekt Lernen vor Ort ist eine Erfolgsgeschichte. Zukünftig wird es darum gehen, die zahlreichen Einzelprojekte mit Vorbildcharakter in Zusammenarbeit mit den Städten und Schulen auch an anderen Schulen zu installieren.

Die bisherigen Bildungskonferenzen haben bewiesen, wie groß das Interesse der verschiedensten Akteure ist. Wir genießen inzwischen einen überregional anerkannten guten Ruf als vorausschauend planende Bildungsregion. Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Die Sozialausgaben steigen weiter. Nach Angaben des Städte- und Gemeindebundes sind allein die Sozialhilfeausgaben im vergangenen Jahr um 4,8 Prozent gestiegen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist auch in den optimistischeren Zeiten des ersten Arbeitsmarktes zu wenig gesunken. Das ist eine bittere Hypothek für die Menschen und für alle Städte und den Kreis.

Die Umlage des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe soll erhöht werden – fraglich scheint nur, um welchen Betrag. Der Kostendruck beim LWL ist bekannt. Gleichwohl ist es falsch, dass nicht auch der LWL zunächst im vollen Umfang seine noch vorhandene Ausgleichsrücklage verbraucht. Wenn wir die Versprechen zum Fiskalpakt ernst nehmen, dann wird es nach der Bundestagswahl, wie immer sie auch ausgeht, im Bereich der Eingliederungshilfe eine spürbare Entlastung geben. Für den LWL dürfte sich 2013 damit als echtes Übergangsjahr darstellen. Den Schritt des Abbaus der Ausgleichs- wie der allgemeinen Rücklage sind wir zur Entlastung der Städte bereits vor Jahren gegangen. Dies erwarten wir auch vom Landschaftsverband.

Trotz aller internen Konsolidierungsanstrengungen der Vestischen Straßenbahnen GmbH wird die ÖPNV-Umlage steigen. Höhere Diesel- und Personalkosten, sowie weitere externe Faktoren sind nicht aufzufangen. Die Arbeitsgruppe zur Aufstellung des neuen Nahverkehrsplans wird sich vor diesem Hintergrund insbesondere auch mit der Frage befassen, wie ein attraktives Angebot aussehen kann, bei dem gleichzeitig der Aufwand reduziert wird.

Vor allem die Städte, die nach mehr Konsolidierung bei der Vestischen rufen, werden dabei die Frage beantworten müssen, welche Linien nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr betrieben werden sollen. Auf diese Diskussion bin ich gespannt.

Aufgrund des bekannten Systemfehlers im Gemeindefinanzierungsgesetz erhält der Kreis im Jahre 2013 erneut weniger Schlüsselzuweisungen. Ein Gutachten des Landes soll klären, wie die Ungerechtigkeit bei den Kreisschlüsselzuweisungen ausgeglichen werden kann. Wir sind in einer ziemlich einzigartigen Belastungssituation.

Der Kreis COE erhielt 2012 aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 150 € je Einwohner, bei uns sind es keine 35 €:                      96 Mio € weniger.

DO erhält 730 € aus dem GFG je Einwohner. Wir, Kreis und Städte zusammen, bekommen 520 € je Einwohner:                      125 Mio. € weniger.

Auf unserer Haben-Seite steht die 75prozentige Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter – das ist ein guter Anfang, aber auch nur ein Anfang.

Trotz dieser Entwicklungen schaffen wir es, unter den im Finanzplan 2012 dargestellten Aufwendungen für das Jahr 2013 zu bleiben. Dies war und ist ein Kraftakt, ist aber auch externen Faktoren geschuldet. Bei einem Haushaltsvolumen, das zu mehr als drei Vierteln - mit den Personalkosten noch deutlich mehr - durch gesetzliche Sozialleistungen gebunden ist, liegt das auf der Hand.

Darüber hinaus haben Kreisdirektor Roland Butz und ich die im Fiskalpakt vereinbarten Entlastungen der Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe schon teilweise in die Finanzplanung der kommenden Jahre eingerechnet. Das hat die Landesregierung mit einem Verweis darauf, dies entspreche nicht der kaufmännischen Vorsichtsmaxime, untersagt. Wir haben Richtung Düsseldorf nachgelegt, müssen aber gegebenenfalls im Änderungsdienst reagieren.

Dennoch können wir unterm Strich von einem halbwegs zufrieden stellenden Jahr für die Städte im Kreis sprechen. 9 von 10 Sanierungsplänen sind beschlossen und genehmigt. Die Zahlen der Kreisfinanzplanung lassen uns hoffen, dass auch im nächsten Jahr die Fortschreibung der Pläne gelingen kann.

Dass wir beim Kreis traditionell ein eher konservatives Zins- und Schuldenmanagement fahren, ist gut und richtig. Ich möchte nicht wie eine Ost-Veststadt wegen kreativer Zinspolitik Risiken von fast 10 Mio. € in den Büchern haben.

Bereits in meiner letzten Haushaltsrede hatte ich gesagt, dass wir Strukturen neu denken müssen, um langfristig erfolgreich zu sein. Weiterführende Ansätze, beispielsweise im Bereich der Wirtschaftsförderung, sind im Masterplan genannt. Eine elementare Zukunftsfrage wird sein, wie die Wirtschaftsförderung der Region insgesamt mit mehr Schlagkraft ausgestattet werden kann!

Dortmund schickt etwa 120 Wirtschaftsförderer ins Rennen um Unternehmen und Arbeitsplätze – Städte und Kreis bei uns wenig mehr als vierzig, angesiedelt an 11 Stellen.

Gerade in diesem Bereich ist es wichtig, Kirchturmdenken abzulegen, um die gesamte Region nach vorne zu bringen.

Wenn wir bei der kommenden europäischen Förderperiode 2014 bis 2020 berücksichtigt werden wollen, müssen wir als Region gemeinsam auftreten. Das kann gerne in Gelsenkirchen oder in Recklinghausen geschehen, konzentriert für alle, auch bei einer neu ausgerichteten Wi-nEL, allerdings mit Prokura, Power und vollem Einsatz für uns alle. Ich freue mich, dass inzwischen auch aus einzelnen Städten solche Signale zu vernehmen sind.

EON Kraftwerk und newPark sind seit Jahren in aller Munde, newPark ist ja mittlerweile fast volljährig. Ich danke ausdrücklich allen, die sich mit uns gemeinsam so unermüdlich für dieses Projekt einsetzen: Wolfgang Werner und Petra Weiß, Petra Bergmann und Jochen Kröger, Klaus Bussfeld und Udo Mager, Prof. Heyer und Peter Schnepper, Josef Hülsdünker und vielen mehr. Jeder von ihnen hat bisher sein Bestes gegeben, um newPark Flügel zu verleihen. Bei EON gilt auch für den Kreis: Wir bauen keine Kraftwerke und wir reißen auch keine ab. Ich plädiere ausdrücklich für die Fertigstellung, sage aber ausdrücklich, dass wir in dem gesamten Verfahren keine Karten im Spiel haben.

Abschließen will ich mit dem Thema Kreishaussanierung.

Mit der ursprünglich geplanten flächenreduzierten Kreishaussanierung sollte die genutzte Fläche um ein Viertel reduziert und 20 Millionen Euro innerhalb von 20 Jahren bei der Gebäudeunterhaltung eingespart werden. Die Finanzsituation der Städte und des Kreises zwang dazu, die Sicherung der kurzfristigen Liquidität der langfristig wirtschaftlichsten Lösung vorzuziehen. In den kommenden Jahren werden nun die notwendigen Sanierungsmaßnahmen durchgeführt.

Das Thema Brandschutz ist seit dem Brand des Düsseldorfer Flughafens im Jahre 1996 in aller Munde. Meist wird dies Thema recht abstrakt diskutiert. Wie ernst die Debatte werden kann, mussten wir erst vor wenigen Wochen selbst miterleben. Ein einfacher Defekt eines Lüftermotors innerhalb der überalterten Lüftungsanlage führte aufgrund fehlender Brandschutzklappen zu ölig beißendem Rauch. Das Kreishaus musste geräumt werden.

Wolfgang Pantförder hatte unser Kreishaus mit einem Zweifamilienhaus verglichen. Wir haben daraufhin eine weitere Schleife ziehen müssen. Nach mehreren fachlichen Gesprächen mit der Stadt Recklinghausen liegen uns Ergebnisse vor. Um Klarheit über die zwingend notwendigen Maßnahmen für das sensible Thema Brandschutz zu erzielen, wurden zusätzlich zu den bereits vorliegenden Gutachten ergänzende Brandschauen durchgeführt.

Mit Schreiben vom 04.07.2012 hat die Stadt Recklinghausen das Ergebnis ihrer aktuellen Brandschauen im Kreishaus übersandt und darum gebeten, einen Maßnahmenkatalog für die Beseitigung der aufgezeigten Mängel vorzulegen.

Der Maßnahmenkatalog wurde der Stadt Recklinghausen am 28.08.2012 zugeleitet. Berücksichtigt sind die Schwachstellen des baulichen Brandschutzes, und die Mängel, die sich aus der Betreiberverantwortung ergeben.

Herr Kreisdirektor Roland Butz wird jetzt die Einzelheiten zum Kreishaushalt vorstellen.

Vielen Dank!